

Die Violetten

Ideen für eine neue Politik

Kopieren und Nachahmen erwünscht, Stand: März 2006

Wirtschaft - Finanzen - Soziales

Freie Marktwirtschaft oder Sozialstaat?

Als spirituelle Menschen ist es uns klar, der Dualismus ist ein Grundproblem unserer Existenz. Einerseits sind wir gezwungen zu unterscheiden, Schwarz oder Weiß.

Andererseits ist jede Unterscheidung, jede Entscheidung eine Reduzierung der Wirklichkeit, es gibt eben nicht nur viele Grautöne, die Welt ist farbig.

Ein spirituelles Wirtschaftsmodell, das diese Bezeichnung verdient, wird daher immer beide Pole einer Unterscheidung berücksichtigen müssen.

Bei der Frage "Freie Marktwirtschaft oder Sozialstaat?" heißt die Antwort also "Sowohl als auch", es kommt auf die Balance beider Ansätze an. Jeder Mensch ist ganz allein für sich selbst verantwortlich, und diese Verantwortung muß er auch in wirtschaftlicher Hinsicht leben können. Und jeder Mensch ist seinen Mitmenschen, der gesamten Gemeinschaft verpflichtet, auch dieser soziale Aspekt ist zu berücksichtigen.

Dieser Dualismus hängt eng zusammen mit der Freiheit bzw. Bevormundung der Menschen. Die Entwicklung des Menschen soll ihn zu mehr Freiheit, zu mehr Selbstverantwortung führen. Und das gilt für alle Menschen, die Entwicklung des Einzelnen ist abhängig von der Entwicklung aller.

Als Ideal, als Fernziel stellen wir uns alle Menschen so verantwortungs-bewußt vor, dass es keiner Gesetze und Regeln mehr bedarf, von deren Überwachung und Durchsetzung ganz zu schweigen.

Solange dem nicht so ist, bedarf es Regeln für unser Zusammenleben, und die Einhaltung dieser Regeln muß überwacht werden. Es ist unsere Aufgabe, diese Regeln so zu fassen, dass sie sowohl dem Wohl des Einzelnen als auch der Gemeinschaft Rechnung tragen, in obigem Sinne ausbalanciert und flexibel genug sind, um die weitere Entwicklung der Menschen nicht zu behindern.

Inhalt

Freie Marktwirtschaft oder Sozialstaat?

Der Status quo und seine Kernprobleme

Wirtschaft

Die neue Arbeit.....	2
Weniger Staat.....	3
Regionalisierung	3

Finanzen

Steuern und Abgaben	3
Abbau der Schulden.....	3
Regionalgelder	4

Soziales

Grundeinkommen.....	4
Soziale Absicherung.....	4

Der Status quo und seine Kernprobleme

Es sind zur Zeit über 5 Millionen Menschen arbeitslos in Deutschland, darunter viele junge Menschen und qualifizierte Arbeiter und Fachkräfte. Diesen Menschen wieder eine Perspektive zu geben, darin sehen wir **eine der dringendsten Aufgaben unserer Zeit!**

Sowohl unser Wirtschaftssystem als auch unsere Sozialversicherungssysteme funktionieren nicht mehr. Die Politik versucht derzeit mit etablierten Maßnahmen gegenzusteuern.

Bei der Wirtschaft heißt das Zaubermittel "Wachstum", das alle Probleme lösen soll. Das ist verständlich, unser System bescherte allen Wohlstand, solange wir uns in Wachstumsphasen befanden. Jeder weiß jedoch, dass Phasen des Wachstums sich stets mit Phasen des Niedergangs abwechseln. Das ist in der Wirtschaft nicht anders als in der Natur. Und doch glauben Politiker und viele Wirtschaftswissenschaftler, dass in der Wirtschaft ein stetiges, unbegrenztes Wachstum möglich sei – und das auf unserer endlichen Erde.

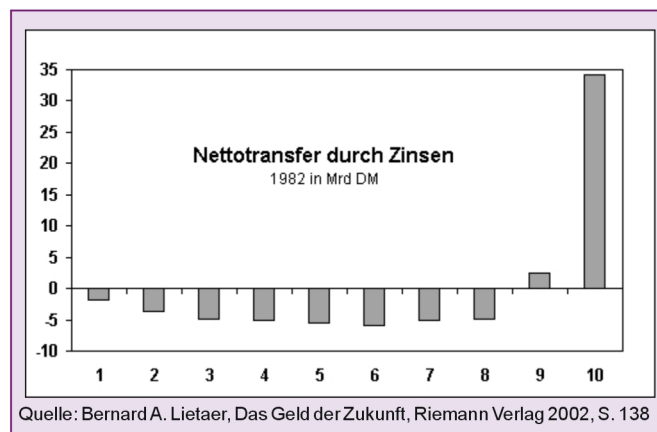
Um wirtschaftliches Wachstum möglich zu machen, wird ein ebenfalls traditionelles Mittel angewendet: Gewinne von Wirtschaftsunternehmen werden erhöht, indem ihre Kosten reduziert werden. Von dieser erhöhten Profitabilität erhofft man sich mehr Produktion, mehr Arbeitsplätze: Wirtschaftswachstum!

Die Reduzierung der Kosten kann die Politik nur durch Senkung der Abgaben und Steuern der Unternehmen und Unternehmer erreichen. Da der Staat keine freien Mittel hat, sondern im Gegenteil bereits überschuldet ist, beschafft er die einzusparenden Mittel durch zwei Maßnahmen:

Durch weitere Verschuldung und durch Kürzungen bei Sozial- und Bildungsbudgets.

Beides kommt einer Umverteilung von unten nach oben gleich. Eine Grundursache unserer derzeitigen Lage wird dadurch weiter gefördert: Die Kapitalkonzentration.

Auch ohne die Beschneidung bei sozialen Leistungen, der direkten und sichtbaren Umverteilung, findet derzeit ein verdeckter Transfer von unten nach oben statt. Teilt man unsere Gesellschaft in 10 Gruppen nach der Höhe des verfügbaren Einkommens, hat die Gruppe der oberen 10% inzwischen so viel Kapital angesammelt, dass über Zinsen ein ständiger Zufluß von den unteren Gruppen diese Kapitalkonzentration immer weiter erhöht. Dazu gehören auch die über 20%, deren



Einkommen unterhalb der Armutsgrenze liegt!

80% der Menschen arbeiten also dafür, dass sich der Reichtum von 10% weiter mehrt.

Aus spiritueller Sicht sind diese Zustände zu ändern. In unserer Gesellschaft muss jeder ein menschenwürdiges Leben führen können, dazu gehört zunächst eine gesicherte materielle Versorgung. Diese Basis ermöglicht erst die geistige Freiheit, ohne die es keine Weiterentwicklung gibt.

Die materiellen Mittel dazu haben wir, diese müssen nur gerecht verteilt werden.

Wirtschaft

Wir halten es für dringend geboten, endlich von dem Irrglauben an unbegrenztes Wachstum Abschied zu nehmen.

Auf organischer Ebene ist unbegrenztes Wachstum unter dem Namen "Krebs" bekannt. In jedem gesunden System sind Wachstum und Verfall ausbalanciert.

Statt auf quantitatives sollten wir unser Augenmerk jetzt auf qualitatives Wachstum richten. Wir haben mit unserem Wirtschaftssystem einen solchen Wohlstand erreicht, dass unsere Konsumgesellschaft in eine Bedarfsgesellschaft übergehen kann.

Die neue Arbeit

Arbeit ist einer der wichtigsten Aspekte des menschlichen Daseins. Der Begriff "Arbeit" ist zunächst **neu zu definieren und zu bewerten**.

Arbeit wird derzeit noch überwiegend als reine Erwerbsarbeit verstanden, also als eine Tätigkeit, durch die der Anspruch auf Ernährung, Kleidung etc. erworben wird.

Dieses Verständnis ist zu erweitern. Arbeit dient sowohl der individuellen Entfaltung als auch dem Mitwirken des Einzelnen in der Gemeinschaft.

Wie bei finanziellen Mitteln liegen die derzeitigen Probleme auch im Bereich der Arbeit an der falschen Verteilung. Während die einen Überstunden leisten, haben die anderen keine Beschäftigung. **Die Arbeit muß gleichmäßiger verteilt werden**, z.B. durch eine Herabsetzung der Arbeitszeit. Jedem soll Arbeit mit ihrem sinnstiftenden Aspekt möglich sein, auch das gehört zu einem menschenwürdigen Leben. In diesem Sinne ist Vollbeschäftigung unser Ziel.

Wir werden verantwortliche Unternehmen fördern, die sich öffentlich, sozial oder kulturell engagieren.

Wir setzen uns für Möglichkeiten zur stärkeren Entfaltung der Persönlichkeit auch bei ökonomisch bestimmten Arbeiten ein, z.B. durch die Förderung von kreativen und selbst gestalteten Arbeitsbereichen.

Auch Arbeitnehmer sollen sich zu mehr Selbständigkeit und Verantwortung entwickeln können. Ein Mitbestimmungsrecht ist uns daher genauso wichtig, wie eine stärkere Beteiligung am Unternehmenserfolg.

Zudem wird der Erwerbscharakter der Arbeit durch die Einführung eines Grundeinkommens zurückgenommen. Mittel für existentielle Bedürfnisse sind nicht mehr zu erwerben sondern ein Grundrecht. Durch Arbeit sind also nur noch die Mittel für weitergehende Bedürfnisse zu erwerben.

In dem Maße, in dem wir der Arbeit ihren Erwerbscharakter nehmen, schaffen wir sinnvolle und sinnstiftende "Arbeitsplätze". Und zwar in den Bereichen, die durch unser derzeitiges marktwirtschaftliches System nicht oder nur unzureichend abgedeckt werden.

Dazu gehören die Bereiche des öffentlichen und innergemeinschaftlichen Lebens, die für die Gesellschaft positiv sind, sich aber nicht für eine nutzungsabhängige Bezahlung eignen. Darunter fallen z.B. auch Erziehungs- und Betreuungsaufgaben sowie Tätigkeiten, wie sie im sozialen Bereich, bei Kunst und Kultur, Sport und Freizeit schon heute ehrenamtlich geleistet werden.

Weniger Staat

Die Violetten wollen so wenig Staat wie möglich und so viel Staat wie nötig. **Der Staat muss sich wieder um seine Kernaufgaben kümmern:** Die Regulierung des Zusammenlebens von freien und mündigen Bürgern und die Durchführung überregionaler Aufgaben.

Mit der starken Vereinfachung des Steuersystems und der Zusammenlegung der sozialen Sicherungssysteme entfallen

viele Verwaltungsaufgaben des Staates. Darüber hinaus muss in vielen Einzelfällen geprüft werden, in welchem Ausmaß staatliches Engagement wirklich erforderlich ist.

Die Koordination und Oberhoheit muß bei der Gemeinschaft, beim Staat bleiben. Doch soll dieser nur den Rahmen vorgeben, in dem die Bürger, kommunale Vertretungen und Wirtschaftsunternehmen die notwendigen Aufgaben übernehmen.

Regionalisierung

Die lokale Versorgung mit Strom, Nahrungsmitteln, Verbrauchsgütern etc. ist zu fördern. Der Transport von Gütern über hunderte und tausende von Kilometern, die auch lokal verfügbar sind oder sein könnten, muss nicht sein.

Entscheidend darf nicht allein der Herstellungspreis sein, auch

politische, soziale und ökologische Aspekte sind zu berücksichtigen.

Lokale Versorgung schafft Unabhängigkeit, erhält regionale Arbeitsplätze und kann umweltgerechter gestaltet werden.

Finanzen

Steuern und Abgaben

Das Steuersystem wird **konsequent vereinfacht**. Steuern werden für die Gemeinschaft aller verwendet, zum einen für Aufgaben, die in der Verantwortung der Gemeinschaft liegen, zum anderen für den sozialen Ausgleich.

Es verbleiben lediglich Einkommenssteuer, Körperschaftsteuer, Mehrwertsteuer und Grundsteuer.

Erhalten bleiben auch Steuern und Abgaben, die regulierende Wirkungen haben wie z. B. bei Mineralöl, Tabak und Alkohol.

Auf sämtliche Einkünfte ist Einkommenssteuer zu entrichten, die Wahl zwischen Modellen mit progressiven oder linearen Steuersätzen ist sekundär. Die große Spanne der monatlichen Einkünfte von unter eintausend bis zu etlichen hunderttausend Euro halten wir für nicht gerecht, daher favorisieren wir ein progressives Modell. Das **Grundeinkommen** wird nicht besteuert, es wird nach Steueraufkommen berechnet und gezahlt. (siehe unter "Soziales")

Ein Steuerfreibetrag entfällt, dieser ist bereits durch das Grundeinkommen gegeben.

Für die Körperschaftsteuer wird das gleiche Verfahren in Bezug auf die Gewinne juristischer Personen angewendet.

Durch die strikte Vereinfachung und die **Offenlegung aller Einkommen für jedermann**, werden Einkommensverdunk-

lung und Steuerhinterziehung verhindert, wodurch die Steuerfahndung drastisch reduziert werden kann.

Durch die Offenlegung und die direkte Koppelung des Grundeinkommens an das Steueraufkommen, wird jeder Bürger direkt am Erfolg der Gemeinschaft beteiligt und kann gleichzeitig seinen Beitrag dazu sehen. Durch das einfache Steuersystem kann die Berechnung mit EDV-Unterstützung zeitnah erfolgen.

Es entfallen Kapitalertragssteuer, Kirchensteuer, Renten- und Sozialabgaben, Ehegattensplitting, Kindergeld und Unterhaltszahlungen. Ebenso wird das Geflecht der steuerreduzierenden Absetzungsmöglichkeiten gelichtet.

Die Gewerbesteuer entfällt ebenfalls, die Gemeinden werden aus den Einnahmen der Körperschaftsteuer finanziert.

Kapitalertragssteuer: Kapitalerträge werden zusammen mit sonstigen Einkommen besteuert.

Kirchensteuer: Kirche(n) und Staat sind vollkommen zu trennen.

Rentenabgaben, Sozialabgaben: Diese Sicherungssysteme werden durch Einführung des Grundeinkommens überflüssig.

Ehegattensplitting: Bezugsgröße ist der einzelne Mensch, die besondere Förderung der ehelichen Lebensgemeinschaft und damit auch dieser Wirtschaftseinheit entfällt.

Kindergeld, Unterhaltszahlungen: Werden durch das Grundeinkommen ersetzt.

Abbau der Schulden

Wir stehen für einen Abbau der Schulden und für eine Konsolidierung des Staatshaushaltes. Die Begründung liegt ihrem Kern nach in der Einsicht, dass unbegrenztes Wachstum eine Illusion ist. Schulden nebst Zinsen sind allenfalls zu rechtfertigen, wenn die Einkünfte in Zukunft so groß werden, dass sie diesen Aufwand übersteigen.

Die Staatsschulden haben mittlerweile (2006) einen Stand von über 1.490 Milliarden Euro erreicht, und jedes Jahr kommen

weitere 60 Milliarden Euro neue Schulden hinzu. Anstatt für Investitionen müssen wir einen immer größer werdenden Anteil der Steuereinnahmen für Schuldzinsen ausgeben. Daher ist statt der EU-Richtlinie von maximal 3% Neuverschuldung eine **Richtlinie für den Schulden-Abbau** erforderlich!

Bei einem Abbau in Höhe von nur 1% des BIP sind das ca. 15 Milliarden Euro jährlich, Deutschland wäre in knapp 100 Jahren schuldenfrei.

Regionalgelder als Komplementärwährung

Die Globalisierung ist in ihrem Kern nicht verkehrt, durch Fortschritte bei unseren Kommunikations- und Transportmitteln rücken die Kontinente näher zusammen. Leider nutzen dieses auch internationale Konzerne um ihren Profit auf unsere Kosten zu maximieren.

Das wiederum ist Ausdruck eines Ungleichgewichts: Neben dem Trend zur Globalisierung und zu immer größeren Organisationseinheiten dürfen wir die Strukturen auf regionaler und lokaler Ebene nicht vergessen.

Daher ist als Ausgleich zu internationalen Finanzmärkten und der Vereinheitlichung der Währung wie z.B. durch den Euro die Region auch in finanzieller Hinsicht durch die Einführung von

Regionalgeldern als Komplementärwährung zu stärken.

Regionalgelder haben nicht nur einen regionalen Bezug, eines ihrer wesentlichen Merkmale ist, dass sie nicht verzinslich sind. Ihre Vorteile sind in vielen Projekten erwiesen worden, zur Zeit gibt es auch in Deutschland schon eine Handvoll Regionalgelder, wie z.B. den Bremer "Roland", den "Chiemgauer" oder den "Kann Was" in Schleswig-Holstein.

Das System der Regionalgelder ist auch von staatlicher Seite aus zu unterstützen, so soll ein Teil des Grundeinkommens in regionaler Währung ausgezahlt werden, und umgekehrt können Steuern auch zum Teil mit Regionalgeld bezahlt werden.

Soziales

Unsere derzeitigen sozialen Sicherungssysteme stehen vor dem Zusammenbruch und können nur noch durch starke Einschnitte bei den Leistungen gerettet werden. Statt dieser

Entsolidarisierung bedarf es eines Systems, das mehr Solidarität ausdrückt. Diese Systeme werden daher durch die Einführung eines Grundeinkommens abgelöst.

Grundeinkommen

Jeder erhält ein Grundeinkommen, das sich in der Höhe am durchschnittlichen Verdienst aller orientiert. Die Armutsgrenze liegt nach EU-Definition bei der Hälfte des durchschnittlichen Einkommens, im Januar 2005 waren das ca. 750 Euro Monatseinkommen.

Für ein menschenwürdiges Leben muß das Grundeinkommen über der Armutsgrenze liegen. Es wird über Einkommenssteuern finanziert und in seiner Höhe vom Gesamtsteueraufkommen bestimmt.

Das Grundeinkommen erhält jeder, der in Deutschland seinen Lebensmittelpunkt hat und die deutsche Staatsbürgerschaft hat oder als Ausländer hier arbeitet und Steuern zahlt.

Nach gültiger Definition gibt es in diesem System keine Einkommen mehr, die unter der Armutsgrenze liegen, da die Höhe des Grundeinkommens an das durchschnittliche Einkommen gekoppelt ist. Der Anteil der Reichen, die über mehr als das Doppelte des durchschnittlichen Einkommens verfügen, bleibt dadurch unverändert bei 7,5%, der große absolute Abstand zwischen den Einkommen wird jedoch verringert.

Als ein mögliches Beispiel, ergibt das progressive Steuermodell mit einem Eingangssteuersatz von 20% und einem Spitzensteuersatz von 50% ein Grundeinkommen von 785 € (Kinder bis 14 Jahre: 392 €).

(Zum Vergleich: Das durchschnittliche Arbeitslosengeld II liegt mit derzeit 650 Euro monatlich darunter, der "Kleine Selbstbehalt" für Unterhaltspflichtige mit 820 Euro darüber.)

Damit erhöht sich das verfügbare Einkommen bis zu einer Grenze von ca. 1.750 €.

Z.B. stehen statt der ursprünglichen 1250 € nach Steuer und incl. Grundeinkommen 1450 € zur Verfügung.

Höhere Einkommen zahlen netto, von dem ursprünglichen Monatseinkommen von 5000 € bleiben 3450 €, was einem effektiven Steuersatz von ca. 30% entspricht.

Ähnliche Werte ergeben sich mit einem linearen Steuersatz von 50% (take half) auf alle Einkommen, unabhängig von ihrer Höhe. Das Grundeinkommen ist dann etwas höher, was die stärkere Besteuerung bei den niedrigen Einkommensgruppen wieder ausgleicht. Bei einem ursprünglichen Monatseinkommen von 5000 € beträgt der Steuersatz hier effektiv 33%.

Soziale Absicherung

Die Arbeitslosenversicherung wird überflüssig, die Grundversicherung ist gegeben.

Ebenso wird das Rentensystem überflüssig, und damit auch die Frage nach dem richtigen Renteneintrittsalter. Jeder kann solange arbeiten wie er möchte, eine Koppelung an das Lebensalter entfällt.

Dadurch entfällt auch das Ungleichgewicht zwischen Rentenzahlern, Beamten und Selbständigen, die privat vorsorgen (müssen). Eine private Vorsorge als Ergänzung zum Grundeinkommen bleibt natürlich jedem freigestellt.

die-violetten.de

Mit spiritueller Politik eine neue Zukunft erschaffen, werde Mitglied, mach mit!

Impressum

Herausgeber:

Die Violetten - für spirituelle Politik
Bundesgeschäftsstelle
Wohnbacher Str. 12
61200 Wölfersheim
Tel: 06036 - 983 66 17
www.die-violetten.de

Spendenkonto:

Die Violetten, Kto-Nr 200 1234 00 bei
430 609 67 GLS Gemeinschaftsbank

